



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hadubert: Nationale Zukunftsaufgaben der deutschen Arbeiterschaft

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

unter diesen Umständen unsere ganze Versorgung mit Rohstoffen auf die eine Karte des politischen Bündnisses setzen? Dabei soll betont werden, daß gerade einer deutschen Kolonialpolitik ein festes Bündnis mit der Türkei nur von Vorteil sein könnte insofern, als der Berlin—Bagdad-Gedanke eine gute Flankendeckung für das angestrebte deutsche Mittelafrrika abgeben würde. Ein Gegensatz zwischen dem Berlin—Bagdad-Gedanken und deutscher Kolonialpolitik kann also politisch nicht konstruiert werden. Aber auch wirtschaftlich schließt das eine das andere keineswegs aus. Es soll davon abgesehen werden, daß Mesopotamien gewisse Tropenerzeugnisse überhaupt niemals zu liefern imstande sein wird, wie z. B. Kopro usw. Hier soll mit Friedrich Naumann die Tatsache betont werden, daß ein Verbraucher von der Art Deutschlands in erster Linie dahin arbeiten muß, sich die Produktionsmöglichkeit auf eigenem Grund und Boden, d. h. deutschem Kolonialbesitz zu sichern. Die Produktion eines verbündeten Landes kann niemals etwas anderes sein, als eine Ergänzung dieser Eigenwirtschaft.

Voraussetzung für die Durchführung dieses Programms ist allerdings eine großzügigere und freiere Erfassung des gesamten Kolonialproblems und zwar sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Beziehung. Es geht z. B. nicht mehr an, da draußen in Afrika alles der privaten Initiative zu überlassen; wo es sich um so wichtige Fragen der Existenz handelt, muß der Staat in Zukunft in ganz anderer Weise als bisher selbst die Erzeugung in dem neuen Lande leitend und anregend in die Hand nehmen. Nur dann können wir frei sein von der rücksichtslos gebrauchten Despotie der großen Rohstoffmächte, nur dann können wir wirtschaftlich frei werden!



Nationale Zukunftsaufgaben der deutschen Arbeiterschaft

Von Hadubert



Der Krieg, der ein großer Enthüller theoretischer entstellter und verzerrter Wirklichkeit ist, hat es offenkundig gemacht, daß in den letzten Jahrzehnten die deutsche Arbeiterschaft fest und unlöslich in den deutschen Reichskörper hineingewachsen ist. Diese Tatsache steht fest und ist dadurch nicht aus der Welt zu schaffen, daß einige Führer der Partei wieder in den alten Doktrinarismus zurückgesunken sind und in diesem reaktionären Beginnen Mitläufer innerhalb der Partei gefunden haben. Auch die Unzufriedenheit, die sich im Laufe des Dauerkrieges mit mehr oder minder Recht

gegenüber manchen Erscheinungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems und seinen Ausartungen im Kriege geltend gemacht hat, ist kein Gegenbeweis. Sie zeigt freilich, daß die ernste Gefahr besteht, daß die unfruchtbaren, im Grunde rück-schrittlichen Anbeter der überlieferten Parteidogmen, die mit der Zeit nicht mit-gegangen sind, gewisse Stimmungen des Widerspruches geschickt auf ihre aus-geleiterten Mühlen leiten und dadurch den wahren Interessen der Arbeiterschaft unermesslichen Schaden antun könnten. Einstweilen bleibt das eine sicher, daß allen jetzt herrschenden Stimmungen zum Troz wenigstens zu Beginn dieses Krieges die Sachlage für unser ganzes arbeitendes Volk blizartig erhellt war. Damals jedenfalls erkannte man in allen Schichten des deutschen Volkes, daß zugleich mit dem Bestand und der Macht des deutschen Staates das Gedeihen unserer nation-alen Wirtschaft und damit schlechthin die Existenz der deutschen Arbeiterschaft auf dem Spiel stand. Und die Tatkraft und Umsicht, mit der die Regierung sofort — in echt sozialistischem, durchaus modernem Geist — die Unterstützung der ver-lassenen Kriegerfamilien in die Hand nahm, zeigte wiederum, daß die Bewilligung der Kriegskredite durch die offizielle sozialdemokratische Parteivertretung nicht nur den militärischen Erfolg der heldgrauen Arbeiterschaft gewährleisten, sondern auch der Wohlfahrt und dem Schutz der Kriegerfrauen und Soldatenkinder die nötigen finanziellen Unterlagen sichern sollte. Der deutsche Staat — im Kriege vor un-erhörte Aufgaben auf allen Gebieten gestellt — bewährte durch diesen neuen Für-sorgezweig sofort aufs entschiedenste den sozialistischen Tropfen, der ihm durch Bismarck und seine Sozialreformen eingeeimpft worden war. Daß Fehler und Unvollkommenheiten auch in diesem großen Fürsorgewerk unvermeidbar blieben, versteht sich angesichts der ungemainen Neuartigkeit der Aufgabe von selbst, betrifft aber natürlich nicht den Kern der Sache, sondern nur ihren tatsächlichen Vollzug.

Dieser Krieg ist in seinen Antrieben wie in seinen Auswirkungsrichtungen eine so unendlich vielfältige Erscheinung, daß es natürlich unmöglich ist, seinen Sinn schon jetzt endgültig zu deuten, erst recht unmöglich aber, diesen Sinn auf eine kurze allgemein befriedigende Formel zu bringen. Einesteils hat er Gegen-sätze zwischen den Völkern aufgedrungen, von deren Tiefe wir vorher keine Ahnung hatten, andererseits bewirkt er einen Austausch von Machtmitteln, Einwirkungen und Ideen, der eher auf einen allgemeinen Ausgleich hinzuführen scheint, auf einen Ausgleich zwischen den feindlichen Staaten, wie auch zwischen inneren Gegnern. In letzterer Richtung z. B. ist es gar nicht zu verkennen, daß er in Deutschland gerade bei den bisher undemokratischen Parteien zu einer Stärkung parlamentarischer Wünsche geführt hat, die man vorher kaum für glaublich ge-halten hätte. Für die Linksparteien aber wiederum bedeutete er einen wesent-lichen Aufbruch nach rechts, der sich z. B. in einer entschiedeneren Anerkennung un-bedingter Regierungsautorität und in einer willigeren Beugung unter den Militarismus äußerte. Ebenso militarisiert sich notgedrungen das liberale Eng-land und wir lernen die Methoden des Wirtschaftskrieges von unseren Gegnern. Trotzdem also hier noch alles in Fluß ist, soviel wird man schon jetzt sagen können, daß die Entente für die Aufrechterhaltung der alten liberal-demokratischen Lebensform in Europa kämpft. Die Ideen von 1789, die Ideen der großen französischen Revolution sind es, wie man richtig gesehen hat, die gegen den neuen Geist von 1914, der aus dem Schoß der deutschen Vergangenheit in eine

unbekannte verheißungsvolle Zukunft führt, auf dem ganzen Erdenrund mobil gemacht wurden.

Eben darin aber liegt die Rückschrittlichkeit im Programm unserer Feinde. Dieser Liberalismus verkörpert nicht mehr, wie vor 125 Jahren, ein Prinzip des geschichtlichen Fortschrittes. In jenen Ländern des Westens zumal hat er das Leben völlig durchdrungen und ist nun im Begriff zu erstarren. Durch die ungebärdigen neuen Kräfte des deutschen Hochkapitalismus mit seiner vom Arbeitsfanatismus gepeitschten neudeutschen Lebensform fühlt er sich in seinen Grundfesten bedroht. Diese germanische Jugendkraft, die mit ungebrochener Gewalt der robusten Tüchtigkeit den Sieg in der Welt erzwingen will, ist Frankreich, dem Volk der kleinen Rentner, ist England, dem kolonienausbeutenden Inselstaate unheimlich und gefährlich. So verbirgt sich hinter der konservativen Formel der „Wiederherstellung“, die die Karte Europas etwa auf den Stand von 1815 zurückdatieren will, auch in geistiger, in sozialer, in wirtschaftlicher Hinsicht die bare Reaktion. Dieser Liberalismus, der gefättigte ängstliche Kleinkapitalismus der Bourgeoisie, fürchtet sich gleichermaßen vor dem Militarismus wie auch vor dem Sozialismus, die auf dem Boden des neuen deutschen Machtstaates einen so seltsamen Bund eingegangen sind und doch dem Fremden eine größere Familienähnlichkeit aufweisen, als uns hier im Lande selber bewußt wird.

Hier aber wird nun ganz deutlich, welche Gefahr dem Sozialismus unserer Arbeiterschaft droht, wenn diese mit der bereits vollzogenen tatsächlichen Verbürgerlichung zugleich eine Liberalisierung Hand in Hand gehen läßt. Gerade diese beiden Prozesse, die nach herkömmlicher Parteimeinung miteinander eins sein sollen, müssen in Wirklichkeit streng auseinander gehalten werden. Es gilt heute durch die Tat zu beweisen, daß Bürgerlichkeit und Liberalismus nicht verschiedene Namen für dieselbe Tatsache sind. Sondern wie es die große Zukunftsaufgabe des Konservatismus ist, die im Bürgertum schlummernden konservativen Möglichkeiten seiner Parteientwicklung nutzbar zu machen, also ein konservatives Großbürgertum zu politischer Macht zu bringen, so hat unsere Arbeiterschaft die gewaltige Aufgabe, von unten her das Bürgertum für den Sozialismus zu erobern, ein sozialistisches Kleinbürgertum zu schaffen. Der nationale Boden soll die feste Grundlage für die neue Parteiung abgeben, er ist das Fundament, an dem nach diesem großen deutschen Kriege nicht mehr zu rütteln ist. Auf diesem Fundament aber soll sich nun durch eine neue Schichtung in Berufsstände der Friede und Harmonie herrschen wird, in dem heißer Machtkämpfe auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem Gebiet sich auch ferner abspielen werden, in dem aber doch gewisse Fragen der Erörterung ein für allemal entrückt sein sollten: die müßige Frage vor allem, ob etwa an die Stelle des bestehenden Machtstaates mit seiner inneren Spannung von Einzel- und Gemeinwirtschaft ein lediglich auf das langweilige Prinzip des einseitigen Kommunismus gestellter Zukunftsstaat zu treten habe. Dieser sollte für einsichtige, nüchtern denkende und fühlende Köpfe endgültig in das Reich der Träume verwiesen werden, in das auch der Gedanke eines ewigen Friedens gehört.

Wenn aber so das Bewußtsein unser ganzes Volk durchdringt, daß dieser opferreiche Krieg nicht dazu geführt sein darf, daß nun auch in Deutschland die

abgestandenen politischen Ideale zur Verwirklichung kommen sollten, für deren Aufrechterhaltung unsere Feinde kämpfen, dann stehen wir alle vor der ernststen und schwerwiegenden Frage: welche neuen Formen sind zu suchen, in denen in diesem nationalen Machtstaat der wichtige und zukunftssträchtige Arbeiterstand zu der innerpolitischen Rolle gelangen kann, die ihm kraft seiner nationalen Leistungsfähigkeit gebührt? Welches sind die innerpolitischen Aufgaben und Ideale einer nationalen deutschen Arbeiterschaft nach diesem Krieg?

Sehr vernehmlich ist aus den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie die Forderung laut geworden, dieser Krieg, der an die breiten Massen so unerhörte Anforderungen in jeder Hinsicht gestellt habe, müsse nun auch zu einer Demokratisierung, zu einer Vermehrung der Volksrechte führen. Es wäre glücklicher gewesen, wenn man vorsichtiger den Anschein vermieden hätte, als forderte die deutsche Arbeiterschaft gewissermaßen einen Lohn dafür, daß sie ihren vaterländischen, vor allem ihre militärischen Pflichten in diesem Krieg so begeistert Folge geleistet hat. Gewiß hat auch die Sozialdemokratie als Partei, zum Teil unter offenkundigem Bruch mit früheren laut verkündeten Prinzipien, sich in diesem Krieg auf die Seite des verkögerten „Massenstaates“ gestellt. Aber die Einmütigkeit des 4. August ist längst zerbrochen, und namhafte Kräfte der sozialdemokratischen Führerschaft sind wieder in die heftige Opposition, in die alte unfruchtbare Verneinung zurückgekehrt. Ein wie großer Teil der Wählerschaft hinter diesen Reaktionen des Internationalismus und des Umsturzes steht, läßt sich heute noch nicht übersehen. Es ist zu befürchten, daß ihre Anhängerschaft nach Friedensschluß nicht gering sein wird. Also nicht die gesamte Sozialdemokratie hat sich während des Krieges eine restlose Anerkennung in vaterländischer Hinsicht verdient, sondern recht eigentlich die große Masse der Sozialdemokraten als einzelner, die unbekümmert um die alten Parteiideale Leib und Leben für den vielbefehdeten Nationalstaat eingesetzt haben oder in der Heimat im Beruf wie in den parteifremden Fürsorgeeinrichtungen positive, staatsaufbauende Arbeit geleistet haben.

Diese Sozialdemokraten aber, die sich jetzt als brave deutsche Patrioten bewährt haben, werden nach Friedensschluß vor der Aufgabe stehen, auf Grund ihrer Taten und Erlebnisse geradezu eine neue Partei aufzubauen. Die Einheit der alten Sozialdemokratie ist dahin, sie hat sich in eine ganze Reihe von Fraktionen und Richtungen gespalten, die zum Teil nach einem nihilistischen Radikalismus, zum Teil nach einem fast liberalen Sozialismus ausgeschlagen haben. Die neue Form, die der Arbeitersozialismus als politische Betätigungsmöglichkeit im Deutschland der Zukunft braucht, ist noch nicht zu klarer Herausgestaltung gelangt. Die überaus fähigen Köpfe, die unter den sozialistischen Führern während des Krieges hervorgetreten sind, geben aber gute Hoffnung, daß die unendlich schwierige Aufgabe auch die Kräfte finden wird, die ihrer Lösung gewachsen sind.

Wenn diese Führer einer nationalen Arbeiterschaft also eine Demokratisierung des deutschen Staates fordern, so werden sie zunächst gut tun, das Belohnungsmotiv von vornherein auszuschalten. Für die Erfüllung dessen, was das unbogene vaterländische Gewissen in unserem Volke als verdamnte Pflicht und Schuldigkeit empfand, verlangt ein anständiger Mensch keine Belohnung. Schon anders klingt der Hinweis, gerade die Massen hätten durch ihre Disziplin

namentlich auch in der Heimat den Beweis erbracht, daß sie zu einer politischen Mündigkeit herangereift seien, die ihren Ausdruck auch in den neuen Formen des politischen Lebens finden müsse. Und erst recht sollte es immer mehr zu einer Selbstverständlichkeit werden, daß ein Stand, dessen Wichtigkeit für den künftigen nationalen Aufstieg aus allen diesen Darlegungen deutlich geworden sein muß auch im politischen Leben eine anerkannte Macht darstellen solle. Nicht diese selber, sondern die Form ihres Ausdruckes steht also noch zur Erörterung.

Hier nun gelangen wir an einen Punkt, wo die Gefahr am deutlichsten wird, wir könnten uns die Sache dadurch zu leicht machen, daß wir uns mit den vorgefundenen, aus dem liberalen Westen übernommenen Formen der Demokratisierung begnügten, die dem deutschen wie auch dem sozialistischen Geist fremd sind. Liberale Suggestion und nichts weiter ist es, wenn Wahlrechtsreform und Parlamentarismus als das vornehmlichste Mittel angepriesen werden, den politischen Einfluß des Volkes zu stärken. Und eine ernste Besinnung tut unserer Arbeiterschaft not, ob es wirklich erforderlich ist, gerade auf diesen Punkt alle politische Energie zu richten, ob es nicht vielmehr gilt, auf neue bisher unbetretene Wege zu finnen, um dem breiten Volk zu dem politischen Machtausdruck zu verhelfen, dessen Anspruch wir willig anerkannt haben.

Es ist keine leichte und dankbare Aufgabe, an einer Meinung zu rütteln, die seit Jahrhunderten zum Grunddogma der europäischen Demokratie geworden ist: daß ein Parlament der echteste Ausdruck des Volkswillens und deshalb auch das Wahlrecht die wichtigste Frage aller Politik sei. Schon die Tatsache, daß nach jahrhundertelangen Versuchen noch kein Wahlrecht gefunden worden ist, das ein Parlament nach übereinstimmender Meinung zum echten Sprachrohr des Volkes gemacht hätte, schon diese Einsicht legt den Verdacht nahe, daß hier das europäische Denken sich in einer Sackgasse verirrt habe. Und daß in diesem Krieg gerade in den „demokratischsten“ Staaten die Einflußlosigkeit des Parlaments am größten war, zwingt geradezu zu dem Schluß, daß diese Einrichtung keineswegs die glühende Anteilnahme verdient, die die politische Leidenschaft vornehmlich der demokratischen Parteien ihr entgegenbringt. Die Fragen, die hier auf uns einstürmen, sind wiederum so vielfältig und verwickelt, daß es ein hoffnungsloses Beginnen wäre, sie auf so engem Raum erschöpfen zu wollen. Nur zu einem kurzen Hinweis auf die eigentümlich deutschen Verhältnisse ist mir hier die Möglichkeit gegeben.

Bekanntlich beruht in dem überkommenen preußischen Staat die erdrückende Übermacht des Adels und des gebildeten Bürgertums durchaus nicht auf dem Wahlrecht, das unter Umständen den reichgewordenen Schlächtermeister vor einem hohen Staatsbeamten bevorzugt und dem Offiziersstand überhaupt entzogen ist. Vielmehr ruht diese Macht auf dem persönlichen Einfluß von Mensch zu Mensch, der sich fern von der Öffentlichkeit am Hofe, im Heere, in der Bureaucratie auswirkt und naturgemäß diejenigen Stände begünstigen mußte, die den Stamm dieser großen außerparlamentarischen Einrichtungen stellen. An die Leistung knüpft sich hier unmittelbar die Macht im Staate. Denn diese ist immer da am größten, wo der einzelne — sei es auch in engstem Umkreis — handeln und herrschen, nicht aber bloß reden und beschließen kann. Aus dieser Einsicht leiten nun freilich die Verehrer des Parlamentarismus die Forderung ab, den Par-

lamenten eine größere Macht zu geben. Das ist in anderen Ländern, z. B. in England, versucht worden, es hat aber dazu geführt, daß gerade jetzt im Krieg die inneren regierungstechnischen Grenzen dieser Einrichtungen offenkundig wurden. Große Körperschaften mit mechanischer Abstimmung, in denen viele Köpfe und viele Sinne ewig auseinanderstreben, eignen sich eben nicht zu wirklichen Taten. Die positivste Arbeit leisten ja auch heute die Parlamente in ihren Kommissionen. Diese aber unterscheiden sich gar nicht mehr so wesentlich von bureaukratischen Amtsstuben, bloß hängt auch ihnen der Klotz am Bein, daß das von sachverständigen Kennern als richtig Erfaßte nachher doch noch dem Plenum zum Beschluß vorgelegt werden muß, so daß der Brei immer noch in Gefahr ist, im letzten Augenblick durch die vielen Köche verdorben zu werden.

Aus dieser Einsicht sollte die Arbeiterschaft lernen. Und sie hat auch daraus gelernt. Denn sie hat bereits in den letzten Jahrzehnten Einrichtungen aus ihrem eigenen Schoße hervorgebracht, die nicht auf Massenbeschlüsse und große Wahlakte, sondern auf stille gute Kleinarbeit im engsten und nächsten Kreis den Hauptwert legen: die Gewerkschaften. Hier ist der Ansatzpunkt gegeben, an dem sich die zeitgemäßen Formen politisch-demokratischer Machtausübung der deutschen Arbeiterschaft weiterentwickeln sollten. Uralte Traditionen der deutschen sozialen Einrichtungen, die aus dem Schoß des späten Mittelalters stammen, weisen hier den Weg. Die Aufgabe der Stunde ist wieder der Ausbau beruflich abgegrenzter Ständeorganisationen, die auch vor der Anwendung des Zwanges nicht weichlich zurückschrecken, die den einzelnen in soziale Zucht nehmen und die ihn die Grundwahrheit des sozialen Lebens lehren, daß Rechte immer an Pflichten gebunden sind, daß aber die Pflichten vor den Rechten kommen. Der Arbeiter, der neben seiner Berufsarbeit in der Gewerkschaft ein Amt übernimmt, wo er sich in die Organisation einfügen muß, zugleich aber in seinem abgegrenzten Gebiet anordnen, handeln und herrschen darf, nimmt echte soziale Verantwortlichkeit auf sich und leistet hundertfaches gegenüber dem anderen, der auf ein allgemeines Staatsbürgertum pochend mit dem Gang zur Wahlurne eine unendlich wichtige Tat getan zu haben glaubt. Die Selbstverwaltungsorganisationen eines Standes, aus echtem Sozialismus geboren, sind nicht nur das beste Mittel, soziale und politische Reife in mühevoller Selbstzucht zu erwerben und zu bewahren, sie sind auch das beste Heilmittel gegen alles unfruchtbare Räsonnieren, wie es die großen Wahlversammlungen und den agitatorischen Großbetrieb der Parteien in nur zu weitem Maße beherrscht.

Diese Ständeorganisationen der Arbeiterschaft, die deren unmittelbare Interessen tatkräftig vertreten sollen, können dann auch die Träger dessen sein und bleiben, was als „Klassenkampf“ seinen guten Sinn behält, wenn alle „internationale“ Aufmachung als törichter und veralteter Aufputz von ihm abgefallen ist. Daß zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum im letzten Grunde unauflöslliche Gegensätze bestehen, die auch hier den ewigen Frieden als alberne Utopie erscheinen lassen, das ist ja ganz klar. Mit der geschlossenen Abwehr nach außen, gegen fremde Industrie, deren Wettbewerb die eigene in ihrem Bestande bedroht, verträgt sich sehr wohl ein innerer Machtkampf, der zu immerfort wogenden, nie völlig zur Ruhe kommenden Machtungleichen hindrängt. Ganz von selbst muß dies aber dazu führen, daß bei diesem innerindustriellen Kampf der einzelnen

industriellen Schichten auch die Gemeinschaftlichkeit gesamtindustrieller Interessen gegenüber denen anderer Stände wie etwa der Landwirtschaft oder des Handels zutage tritt. Da stehen dann Arbeiter und Unternehmer, so hart ihr Bruderstreit im eigenen Hause wogt, nach außen in geschlossener Front zusammen und werden sich dessen bewusst, daß sie im Grunde genommen alle Arbeiter sind. Und auch in diesem Kampf der Stände wiederum werden neben den Gegensätzen, über ihnen gewissermaßen, doch auch bei Gemeinsamkeiten fühlbar und führen auch hier zu wechselnden Bündnissen. Kurzum: der Kampf bleibt auch im gesamten sozialen Leben das bewegende, das weiterführende Prinzip. Aber neben der Entzweiung steht auch hier immer wieder die Einigung, so wenig eine von beiden Endgültigkeit für sich in Anspruch nehmen darf.

Noch stehen wir mitten im Krieg, und all diese Fragen der Zukunft einer nationalen Arbeiterschaft sind eben — Zukunftsfragen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß kein echter in sich beruhigter Friede das Ende dieser furchtbaren Aufrührung der alten Welt sein wird. Auch über diesen Krieg hinaus wird unser Volk kämpfen müssen, und das Gebiet, auf dem diese fortdauernden Kämpfe sich abspielen, wird vornehmlich das wirtschaftliche sein. So wird das nationale Kämpfertum auch weiterhin in hervorragendem Maße die Rolle unserer Arbeiterschaft bleiben. Es wäre töricht und verhängnisvoll zugleich, wollten wir uns hier in den Traum eines erlösenden Friedens einwiegen. Die Machtmittel, das Kräfte-reservoir gewissermaßen für diesen Krieg nach dem Kriege soll uns der Friedensschluß darbringen. Heller Wahnsinn wäre es darum, wenn unsere Arbeiterschaft den Frieden ohne Sieger und Besiegte, der Frieden ohne wirklichen Machtzuwachs des Deutschen Reiches auf ihr Programm schiebe, und sich nicht freudig auf die Seite derer stelle, die entschlossen die letzten Kräfte an das Ziel setzen, uns einen deutschen Frieden, einen stolzen Frieden erhöhter politischer und wirtschaftlicher Stärke, einen Frieden des mitteleuropäischen Übergewichtes zu erringen. In ihm liegt die deutsche Zukunft und innig mit ihr verbunden die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft beschlossen.



Der Hirtenbrief der deutschen Bischöfe

Von Pastor Lic. W. Thimme



as vom Allerheiligensfeste 1917 datierte Hirten Schreiben des deutschen Episkopats ist sicherlich ein beachtenswertes Dokument, und zwar sowohl um seiner Verfasser, als auch um der Zeit seiner Abfassung, insbesondere aber um seines Inhalts willen. Es handelt nicht von rein innerkirchlichen Angelegenheiten. Nur im Vorbeigehen wird zu oftmaligem Empfang der heiligen Kommunion ermahnt. Es verweilt auch nicht lange bei den Fragen der allgemeinen, bürgerlichen Moral. Immerhin ist von den